

Statement Bilanz-Presskonferenz 9. August 2018, Berlin Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin Brot für die Welt

Es gilt das gesprochene Wort

Herzlich willkommen zur Bilanz-Presskonferenz von Brot für die Welt. Vielen Dank für Ihr Interesse.

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs waren noch nie so viele Menschen auf der Flucht vor Krieg und Konflikten wie heute: Fast 70 Millionen Menschen - genauer gesagt 68,5 Millionen Männer, Frauen und Kinder. 2017 ist die Zahl um drei Millionen gestiegen, hauptsächlich durch die Zuspitzung der Lage im Südsudan, in Syrien und in Myanmar. Die weitaus größte Zahl der Flüchtlinge sucht in ihrem Heimatland Schutz. Die meisten, die die Grenzen passieren, bleiben in einem unmittelbaren Nachbarland. Von den fast 20 Millionen Flüchtlingen unter UNHCR-Mandat leben knapp 17 Millionen als intern Vertriebene oder Flüchtlinge in Entwicklungsländern. Die Hauptlast schultern also arme und sehr arme Staaten, deren soziale Infrastruktur und Arbeitsplatzangebot oft schon für die lokale Bevölkerung völlig unzureichend ist. Die Entwicklungsperspektiven verschlechtern sich dadurch für die einheimische Bevölkerung wie für die Flüchtlinge.

Mit dem Anstieg der Zahl der Flüchtlinge ist auch die Zahl der Hungernden angestiegen, erstmals wieder nach einem Jahrzehnt des Rückgangs. Laut Welternährungsbericht 2017 hungern 38 Millionen Menschen mehr, insgesamt sind es 815 Millionen. Das muss uns alarmieren – nicht nur, weil dies Fluchtgründe für weitere Bevölkerungsgruppen schafft.

Was uns Sorgen bereitet

Im politischen und öffentlichen Diskurs wird gegenwärtig vieles als ‚Fluchtursachenbekämpfung‘ verkauft, was schlechterdings nichts damit zu tun hat: Menschen mit allen Mitteln davon abzuhalten, Europas Grenzen zu überschreiten, Menschen in Transitländer (nicht Herkunftsländer) zurückzuschieben und dies den dortigen Regierungen mit Entwicklungsgeldern zu entlocken oder diese bei Nicht-Kooperation zu verweigern. Das alles ändert an der Gewalt, den Menschenrechtsverletzungen und der Perspektivlosigkeit in den Herkunftsländern der Flüchtlinge gar nichts. Mittel der offiziellen Entwicklungshilfe werden für Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr eingesetzt statt für den Kampf gegen Armut, Hunger und Gewaltursachen in den Herkunftsländern wie es erforderlich wäre, um Menschen in ihrer Heimat eine Perspektive zu geben. Hier von Fluchtursachenbekämpfung zu reden, ist Augenschwermerei. Zutreffender müsste man von Flüchtlingsbekämpfung sprechen – dann dürfte man freilich keine Entwicklungsgelder dafür einsetzen. Nicht deklarierte Mittelverwendung wird leider dazu beitragen, den Ruf der Entwicklungshilfe noch weiter zu ruinieren, denn es werden völlig falsche Erwartungen geweckt. Aber weder werden so die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpft, noch vollziehen sich Entwicklungsprozesse im kurzfristigen Takt öffentlicher Aufregung und politischer Wahlen. Es ist

Statement C. Füllkrug-Weitzel, Präsidentin Brot für die Welt, Bilanz-Presskonferenz 9.8.2018

ohnehin ein fataler Kurzschluss anzunehmen, dass Entwicklungszusammenarbeit akute Fluchtgründe wie vorenthaltene Rechte, Chancen, Beteiligung, Krieg und Gewalt kurzfristig bekämpfen kann.

Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit ist es, zur langfristigen und nachhaltigen Verbesserung der Lebensgrundlagen in armen Ländern beizutragen. Sie soll Menschen befähigen, von ihrer Arbeit leben und ihre Rechte, auch gegenüber ihrer eigenen Regierung, in Anspruch nehmen und sich am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben beteiligen zu können. Wenn Menschen, die unter unwürdigen und unsicheren Bedingungen leben, Perspektiven haben und ihre Lebensumstände verbessern können, müssen sie nicht fliehen, sondern können selbstbestimmt entscheiden, ob sie bleiben oder gehen. So kann Entwicklungszusammenarbeit helfen, Ursachen für erzwungene Migration vorzubeugen.

Aber selbst die beste Entwicklungshilfe kann wenig wenden, wenn gleichzeitig durch politische Entscheidungen anderer Ressorts Fluchtursachen angeheizt werden – z.B. durch die Genehmigung von Waffenexporten an Gewaltakteure in Krisenregionen, Beispiel Saudi-Arabien/Jemen. Schon ein Blick auf die Haupttreiber von Flucht und erzwungener Migration zeigt, dass kriegerische Konflikte, Ernährungskrisen und klimabedingte Zerstörung von Lebensgrundlagen eine nachhaltige und ressortübergreifende Politik erfordern. Eine Politik, die auch die eigene Mitverantwortung für die Fluchtursachen anerkennt. Besonders der menschengemachte Klimawandel mit seinen verheerenden Folgen etwa für die Landwirtschaft im Süden und unfaire Handelsbeziehungen wären hier neben dem Waffenhandel zu nennen.

Mit Sorge sehen wir zudem den weltweiten Trend, Entwicklungsgelder auch für sicherheitspolitische und militärische Aufgaben oder Migrationskontrolle zu nutzen. So wurde 2017 das europäische Instrument für Stabilität und Frieden, kurz IcSP, das ausdrücklich für die Verhütung von Gewaltkonflikten und zivile Aktivitäten der Friedensförderung bestimmt war, geöffnet. Aus dem Budget können nun auch Ausbildung und Ausrüstung von Polizei und Militär in „sicheren“ Drittstaaten, vor allem in Nordafrika, finanziert werden. Dabei geht es unter anderem darum, Grenzanlagen und polizeiliche Maßnahmen zu verstärken, die Fluchtwillige und Flüchtlinge in Afrika festhalten.

Die Nutzung ziviler Budgets für eine Vorverlagerung der Grenzen und die Umwidmung von Entwicklungsgeldern für „Fluchtursachenbekämpfung“, in Wahrheit Flüchtlingsbekämpfung, schadet der Glaubwürdigkeit der deutschen und europäischen Politik. Sie sollte sich stattdessen dafür einsetzen, die Lebensperspektiven in den afrikanischen Ländern zu verbessern und Gewalt statt mit Waffen und Militär mit ziviler Konfliktbearbeitung einzudämmen. Wir haben uns im Gespräch mit EU-Abgeordneten und in öffentlichen Stellungnahmen gegen eine Öffnung des IcSP für militärische Aufgaben ausgesprochen und die EU und ihre Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit spürbar zu erhöhen und die Instrumente für zivile Krisenprävention und Friedensförderung konsequent auszubauen.

Partner geraten unter Druck

Große Sorgen bereitet uns ferner, dass die Zivilgesellschaft in vielen Ländern immer stärker unter Druck gerät. Partnerorganisationen, die sich für Landrechte einsetzen, die sich gegen Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen engagieren, geraten schnell ins Visier mächtiger Interessensgruppen. Leider schränken auch immer mehr Regierungen den Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Organisationen ein.

Vor kurzem war ich mit einer Delegation in Mexiko. Dort habe ich unter anderem Angehörige der 43 Studentinnen und Studenten getroffen, die seit 2014 verschwunden sind und mutmaßlich von einem Drogenkartell und mit Unterstützung von Militär und Sicherheitskräften getötet wurden. Die Angehörigen werden eingeschüchtert, bedroht und behindert in ihren Bemühungen, den Verbleib ihrer Angehörigen aufzuklären. Wir fördern in Mexiko Menschenrechtsorganisationen, die den

Statement C. Füllkrug-Weitzel, Präsidentin Brot für die Welt, Bilanz-Pressekonferenz 9.8.2018

Angehörigen juristisch beistehen und sich für eine unabhängige Justiz und Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Wir hoffen sehr, dass der neu gewählte Präsident Andrés Manuel López Obrador wie angekündigt den Kampf gegen Korruption aufnimmt und der endemischen Straflosigkeit ein Ende setzt. In Mexiko gehören, wie uns berichtet wurde, viele Migrantinnen und Migranten zu den Verschwundenen.

Wir hoffen ferner sehr, dass der gegenwärtig in Stuttgart anhängige Prozess gegen die Lieferung von Gewehren mutmaßlich in den konfliktgeladenen Bundesstaat Mexikos, in dem die 43 Studierenden verschwanden, Öffentlichkeit für die Problematik der unzulässigen Waffenproliferation in Gewaltkontexte schafft. Mit Gewehren von Heckler und Koch wurden die Studierenden bei ihrer Entführung bedroht, einer wurde noch vor Ort damit lebensgefährlich verletzt und mindestens einer damit auf der Stelle getötet.

Was geschehen sollte

Wir appellieren an die Bundesregierung,

- ihre Politik ressortübergreifend so zu gestalten, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht durch die Entscheidungen anderer Ressorts – Stichwort Waffenhandel und unfaire Handelsbeziehungen – zunichte gemacht wird
- Waffenexportverbote viel strikter zu kontrollieren und Genehmigungen noch viel restriktiver zu handhaben, um sicherzustellen, dass Waffen – besonders Kleinwaffen – nicht Konflikte anheizen und verlängern helfen
- Entwicklungsgelder nicht zur Abwehr von Flüchtlingen einzusetzen und jeder Umwidmung von Entwicklungsgeldern für sicherheitspolitische oder militärische Zwecke entschieden entgegen zu treten
- ziviler Krisenprävention und Friedensförderung Vorrang einzuräumen und ausreichende Mittel bereit zu stellen
- die Länder und Regionen, die besonders viele Flüchtlinge aufnehmen, bei dieser Aufgabe zu unterstützen und für eine humane und solidarische internationale Gestaltung der Migration einzutreten. Vorbild könnte der Verhandlungsprozess zum Pariser Klima-Abkommen sein. Die Vereinten Nationen haben dazu gerade mit dem Globalen Migrationspakt ein gutes Regelwerk vorgelegt, das im Dezember bei einem Gipfeltreffen in Marokko angenommen werden soll
- deutlich mehr für die Umsetzung der in Paris vereinbarten Klimaziele zu tun und die armen Länder bei der Bewältigung der bereits eingetretenen Schäden und Verluste zu unterstützen. Die besonders verletzlichen Menschen in diesen Ländern müssen in den Fokus rücken.
- sich viel stärker als bisher für die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) einzusetzen und diese Ziele zur Richtschnur ihrer Politik zu machen

Bilanz 2017

Im Jahr 2017 sind die Gesamteinnahmen von Brot für die Welt gegenüber dem Vorjahr um 8,7 Millionen Euro auf 282,2 Millionen Euro (2016: 273,5 Mio. Euro) gestiegen. Das entspricht einem Anstieg von 3,2 Prozent.

Die Spenden und Kollekten haben sich im vergangenen Jahr leicht um 50.000 Euro auf mehr als 61,8 Millionen Euro erhöht. Hinzu kamen Nachlässe in Höhe von 3,9 Mio. Euro (minus 0,5 Mio. €) und Bußgelder, die mit rund 0,7 Mio. Euro deutlich höher ausfielen als 2016.

Leicht gestiegen – um 222.000 Euro – sind auch die Mittel des Kirchlichen Entwicklungsdienstes. Das sind die Gelder, die die Landeskirchen für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen und die vor allem aus Kirchensteuermitteln kommen. Hier standen insgesamt 54,7 Mio. Euro zur Verfügung. Die Bundesmittel, das sind vor allem Mittel aus dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Statement C. Füllkrug-Weitzel, Präsidentin Brot für die Welt, Bilanz-Presskonferenz 9.8.2018

Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), stiegen um 6 Mio. Euro auf insgesamt 150,6 Mio. Euro an, die sonstigen Erträge auf 7,9 Mio. Euro (plus 2,2 Mio. Euro).

Die Gesamtaufwendungen von Brot für die Welt haben sich im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr um 6,8 Millionen Euro auf 277,1 Millionen Euro erhöht. Das entspricht einem Anstieg von 2,5 Prozent.

Die Projektausgaben umfassten insgesamt 252,7 Mio. Euro, das sind 91,2 Prozent der Mittel. Hierzu gehören die Mittel für Projektförderung, Projektbegleitung sowie Kampagnen-, Bildungs- und Aufklärungsarbeit.

Die Ausgaben für Verwaltung lagen bei 6,1 Prozent, für Werbung und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit wurden 2,7 Prozent der Mittel aufgewandt.

Im Jahr 2017 haben wir 680 neue Projekte (mit Stipendien und Fachkräften) in 77 Ländern bewilligt. Inhaltlich lag der Schwerpunkt auf Projekten zur Stärkung von Menschenrechten und Friedensarbeit sowie zu Ernährung und ländlicher Entwicklung. Regionale Schwerpunkte waren Afrika mit 237 Projekten sowie Asien und Pazifik mit 204 Projekten. Das spiegelt sich auch in der Mittelvergabe wider: Für Afrika haben wir mit 92,9 Millionen Euro weitaus die meisten Mittel bewilligt, für Asien und Pazifik zusammen 77,9 Millionen Euro.

Die Laufzeit eines Projekts beträgt im Schnitt drei Jahre. Zu den aktuell bewilligten 680 neuen Projekten kommen die Projekte, die wir bereits bewilligt haben und für die kontinuierlich die dafür zurück gelegten Mittel aus den beiden Vorjahren fließen, so dass wir aktuell insgesamt mehr als 1800 Projekte in 90 Ländern fördern.

Wofür haben wir die Mittel eingesetzt? Dazu drei Beispiele:

In der Region Gambela in **Äthiopien** haben 990 Familien, ein Drittel von ihnen Flüchtlinge aus dem angrenzenden Südsudan, durch unseren Partner EECMY-DASSC verbesserte Anbaumethoden für Mais, Bohnen und Kürbis erlernt und dadurch höhere Einnahmen für ihren Lebensunterhalt erzielen können.

Unsere Partnerorganisation CCDB in **Bangladesch** hat mit unseren Mitteln Küstenbewohner, die vom Anstieg des Meeresspiegels betroffen sind, dabei unterstützt, Auffangbecken für Regenwasser zu bauen und Teichwasser, das noch nicht versalzen ist, über Kies- und Sand-Filter zu reinigen. Mehr als 3.300 Haushalte in fünf Dörfern haben durch diese Klimaanpassungsmaßnahme wieder sauberes Trinkwasser.

Mit unserem Partner Justapaz in **Kolumbien** setzen wir uns für die Umsetzung des Friedensabkommens auf lokaler Ebene ein. Sogenannte Friedenskirchen arbeiten vor allem mit armen kleinbäuerlichen, afro-kolumbianischen und indigenen Gemeinden zusammen, um die Gewalt in ihrer Region zu überwinden.

Unsere Vision ist, dass alle Menschen in Frieden und Sicherheit leben können. Wir sind überzeugt, dass dies nur möglich ist, wenn wir unsere Welt so verändern, dass auch andere Menschen Lebenschancen haben.

Vielen Dank.